

UB Gießen, AG 60 plus

Antrag

MINIJOBS: NIEDRIGLOHNFALLE UND RENTENRISIKO FÜR FRAUEN

Die AG 60 plus sieht in den sog. Minijobs eine zentrale Niedriglohnfalle und ein Rentenrisiko insbesondere für Frauen. Daher fordert die AG 60 plus den SPD Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion auf sich der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes anzuschließen und die Abschaffung der Minijobs zu fordern und diese Forderung umzusetzen.

Begründung:

Grundsätzlich gibt es Minijobs in allen Wirtschaftsbranchen und in Privathaushalten. In einigen Branchen sind sie eher selten zu finden. Stark vertreten sind sie vor allem im Einzelhandel, in der Gastronomie, bei Zeitungsverlagen, in der Gebäudereinigung und im Gesundheitswesen sowie bei sonstigen Dienstleistungen. Auch in Privathaushalten werden Minijobs angeboten. Dazu zählen Reinigung, Einkauf, Zubereitung von Mahlzeiten, Gartenarbeit oder die Pflege, Versorgung und Betreuung von Personen. Vor allem in diesem Bereich haben Minijobs in den letzten Jahren enorm zugenommen.

Unternehmen nutzen Minijobs, in denen überwiegend Frauen arbeiten, um Personalkosten zu drücken. Dies zeigt eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung zur geringfügigen Beschäftigung. Rund 90 Prozent der Minijobber/Innen arbeiten zu Niedriglöhnen, so das Ergebnis. Der hohe Frauenanteil bei Minijobber/Innen festigt die für die Bundesrepublik Deutschland spezifische Arbeitszeitlücke, die sich auch in Entgeltunterschieden zwischen Frauen und Männern niederschlägt. Minijobs sind aufgrund des hohen Frauenanteils somit ein wesentliches Hindernis für die Gleichberechtigung der Geschlechter. 3,3 Millionen Frauen in Deutschland haben der Studie zufolge ausschließlich einen Minijob. Statt den Bruttolohn von Menschen mit einem Einkommen bis 450 Euro zu erhöhen, arbeiten die Minijobber/Innen aber wie sozialversicherungspflichtig Beschäftigte für 7 Euro pro Stunde und sind nicht abgesichert.

Dies hat fatale Folgen für die Alterssicherung von Frauen. Minijobs reißen gravierende Lücken in die Altersversorgung vieler Arbeitnehmerinnen, insofern hat die gegenwärtige Minijobstrategie der Bundesregierung desaströse Folgen für die Gleichstellung der Geschlechter und ist keine Brücke in reguläre Beschäftigung.

Elke Immelt (Vorsitzende AG 60 plus UB Gießen)

Gießen, 10.03.2013